

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 28 (1938)
Heft: 47

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Er fuhr herum und sah mich dumm an.

Dann lächelte er halb mitleidig und sagte:

„Ihr habt wohl die Geschichte nicht recht verstanden, sonst wüßtet Ihr, daß sie nun aus ist; denn wie könnte sie weitergehen, nachdem ich der schönsten Frau die Hand geküßt hatte? Ich habe nachher die Mädchen schon noch gern gehabt, aber eines heiraten hätte ich nicht können — nicht einmal die Tochter des Sindaco, die Emilia. Und auch heute, wo ich alt und nicht mehr so schön bin wie früher, da muß ich immer noch an die Fürstin Anastasia denken, der ich die Hand geküßt habe und die so schön war, daß ich ihr alle Zeiten und über Land und Meere hinweg die Treue gehalten habe!“

Weltwochenschau

Arbeitsbeschaffung beschlossen.

Nationalrat und Ständerat haben die Teilvorlage über die Arbeitsvorlage durchberaten, korrigiert, verbessert und schließlich angenommen. 415 Millionen sollen ausgegeben werden. Rund 150 Millionen kommen direkt der Landesverteidigung zugut. Vom Rest profitiert sie zum Teil mittelbar. Aber noch kann nicht unverzüglich „losgeschlagen“ werden. Denn es ist erst beschlossen worden, soviel an die dringliche Sache zu wagen. Woher man aber soviel nehmen wird, weiß noch niemand. Dazu wird in einer nochmaligen Session beraten werden. Der Bundesrat muß die Deckungsvorlage bereinigen, die Räte haben sie ebenfalls zu frisieren und anzunehmen. Es kommt einem vor, unser Parlament suche sich selbst zu überlisten. Es beschließt zunächst, was leichter zu beschließen ist: Wieviel man finanziell wagen dürfe. Ist es einmal so weit, hat man ja gesagt zur Notwendigkeit, auszugeben, kann man nachher nicht mehr gut anders als eben auch dort ja zu sagen, wo man bezahlen soll.

Ein schöner Sommer ist vergangen, 50,000 Mann haben feiern und stempeln müssen. Die Aufgaben waren im letzten Frühling genau so dringend wie heute . . . man hat nicht Beine bekommen. In Diktaturstaaten geschieht alles nach andern Gesetzen . . . es wird innert 24 Stunden „verfügt“, was bei uns unter Umständen 24 Wochen oder Monate braucht. Niemand wird dieser Methode des Verfügens das Wort reden . . . aber wahr ist es, daß sie einen Vorsprung ermöglicht, der unter Umständen nie mehr eingeholt werden kann. Und wahr ist, daß die Parlamentarier und die Exekutive zur Einsicht kommen müßten: Es geht nicht mehr im bisherigen Tempo, das sich zum „diktatorischen“ verhält wie . . . ja wie? Sagen wir 1:720. Wenn man nämlich 24 Stunden gegen 24 Monate hält! Und schließlich ist ebensoviele, daß unsern Beauftragten in den Behörden angesichts dieser Tempodifferenz lange nicht so bange wird, wie es ihnen werden müßte. Nur weil unsere Arbeiter und Bauern, unsere Konsumenten und Produzenten nicht ausgepowert wurden, nur weil die Demokratie unsere Wirtschaft im wesentlichen gesund erhalten, wird dieses behördliche Unter-tempo nicht zur Katastrophe.

Die Einzelheiten der Beratung waren oft interessant. Man sah z. B., wie eifrig jeder Nationalrat Ausgaben befürwortete, die gerade seiner Wirtschaftsgruppe Gewinn versprachen . . . oder seinem Kanton oder Talschaft! Mit ironischem Schmunkeln stellte man fest, wer beispielsweise am lebhaftesten den Posten „Förderung des Fremdenverkehrs“ von 4 auf 6 Millionen erhöhen half. Selbstverständlich Hoteliers oder sonstige Vertreter der hohen Alpenwelt. Das ist natürlich in Ordnung und weist nur den Weg, auf dem die Vorlagen durchgebraucht werden: Sie müssen möglichst vielen Vorteilen verheißeln! Wenn nur unsere Räte in einem Monat, in der ordentlichen Winter-session, auch verstehen werden, daß die Deckungsvorlage, das heißt das zwangsläufige Berappen, einen ungeheuren Vorteil für alle, die bezahlen müssen, bedeutet! Weil es nämlich Arbeit schafft!

Zweitletzter Akt im Drama der deutschen Juden.

Kaum war die tschechische Beute unter Dach gebracht, als sich bei der deutschen Führung schon wieder das Bedürfnis nach einer Aktion regte. Und zwar nach einer Aktion jener Art, die stets in Zeiten politischer Verlegenheit loszubrechen pflegt; es ging wieder gegen die Juden. Urplötzlich, man wußte nicht warum und hatte die Vorgeschichte des Streiches nicht beachtet, erfolgte der Ausweisungsbefehl gegen die Juden polnischer Nationalität. Das trifft etwa 70,000 Menschen. Die polnische Regierung, die alles andere als mittellose Juden brauchen kann, antwortete mit einem ebenbürtigen Gegenmittel: Sie entzog diesen Betroffenen einfach das Bürgerrecht. So etwas geht sehr einfach zu: Man verlangt ihnen die Pässe ab und gibt sie nicht wieder. Wie sollen sie an der Grenze beweisen, daß sie polnische Bürger seien?

Ein Teil dieser Polen war von der Gestapo kurzerhand verhaftet und an die Grenze gestellt worden. Zwischen zwei Grenzen gibt es einen schmalen Streifen Niemandland. Wird einer ausgewiesen, so ist er draußen, auf der andern Seite aber noch nicht „drinnen“. Es ist theoretisch und praktisch möglich, daß ein Vertriebener von einem Grenzposten zum andern geschoben, nirgends durchgelassen und zum „Verhungern zwischen den Grenzen“ verdammt wird. Herzerreißende Szenen spielten sich im Osten des Dritten Reiches ab. Szenen, die eine ganze Christenheit in Aufruhr bringen müßten, regierte nicht in dieser Christenheit Gott Mammon . . .

Einen, keinen Christen freilich, hat der Aufruhr doch überwältigt: Ein 17jähriger Polenjunge in Paris, vielleicht ermuntert von unbekannter Seite, die eine jüdische Verzweiflungstat ganz gern sieht und auszuwerten bereit sein wird, begibt sich auf die deutsche Botschaft, wird erstaunlicherweise ohne Schwierigkeiten eingelassen und schießt auf den 3. Sekretär der Botschaft, den Herrn von Rath. Der in die Lunge Betroffene verschied einige Tage drauf. Die französische Polizei verhaftet den jungen Mörder. Sie und die Welt mit ihr erfährt, daß der junge Mann mit dem Namen Grünspan (Grünzpan) seine beiden Eltern unter jenen Ausgewiesenen und von den Polen Ausgebürgerten weiß und durch seine Schüsse gegen die barbarische Behandlung seiner Volksgenossen protestieren wollte. Vielleicht sich sogar einbildete, es werde irgendwas geschehen, um den Aermsten zu helfen. Ein Schritt Frankreichs . . . Englands . . . was weiß man!!

Und es geschah auch etwas! Und zwar etwas Furchtbares. Im dritten Reiche brachen zu gleicher Stunde in fast allen Städten jugendliche Banden los . . . „spontan“, behauptete die Presse . . . und machte in allen Städten daselbe: Die Synagogen wurden gezwungen, die Bethäuser zu öffnen, dann wurden Brände gelegt, die Kultgegenstände auf die Straßen geworfen, entweiht, zertrampelt, geschändet. Es ist wunderbar, wie im Dritten Reiche die Einheit des Denkens fortgeschritten: Ueberall kamen die „volkszornigen“ Banden auf ein und denselben Gedanken: Synagogen anzünden, alle religiösen Symbole, alle Kultgegenstände vernichten! Zugleich aber machten sich andere Banden mit derselben übereinstimmenden Einheit des Gedankens über die jüdischen Geschäfte her. Ganze Straßenzüge lang bleibt kein Schaufenster ganz, kein Warenlager wird verschont, alles wird demoliert, auf die Straße geworfen. Keine Kasse bleibt ganz, kein Ladentisch, der nicht zerplittert würde. Und wunderbar, nachdem in einer einzigen Stunde ungezählte Synagogen verbrannt, gesprengt, verwüstet, in Frankfurt, Berlin, München und vielen andern Städten das hinterste auffindbare Geschäft zerstört worden, gelingt es dem Ruf des Herrn Goebbels, den Volkszorn zurückzupfeifen. Sooo diszipliniert sind die deutschblütigen Jünglinge! Einige Alte freilich weinen Tränen über die Seelenverfassung ihrer Kinder! Aber sie werden ja sterben, diese unbelehrbaren Alten!

Mit dem Synagogensprengen und Lädenzerstören aber war es nicht genug. In großen und kleinen Städten wurden Ju-

den en masse verhaftet, mißhandelt, zum Teil in die Konzentrationslager gesperrt. In Berlin nach amtlichen Meldungen „nur 1600“, nach andern 10.000. In München wird ihnen „zum Schrecken“ befohlen, die Stadt zu verlassen, in Frankfurt und Leipzig werden alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren geschleppt. Natürlich will man sie nicht alle auf Staatskosten füttern und entläßt die Mehrzahl wieder.

Herr Dr. Goebbels verbieth in seiner Presse, das angeblich furchtbar erzürnte Volk sei wieder beruhigt worden, indem man ihm versprochen, daß der Staat auf legale Weise Vergeltung üben werde. Und nun ist sie auch schon da, diese „legale“ Vergeltung! Durch einfache Verordnung verfügt Herr Göring, Beauftragter des Vierjahresplans, daß die Juden-schaft für den Mord an Sekretär von Rath eine Milliarde Reichsmark an die Reichskasse zu bezahlen habe. Macht pro Kopf 2—3000 Mark, alle Säuglinge mitgerechnet! Ferner soll die so gebrandschatzte jüdische Gemeinde unverzüglich auf ihre Kosten alle Schäden ausbessern lassen, welche der „Volkszorn“ angerichtet. Wenn diese Schäden ausgebessert sind, werden „Arier“ die renovierten Häuser übernehmen, denn künftig ist es den Juden untersagt, ein Handelsgeschäft auszuüben, ein Handwerk zu treiben, eine leitende Stelle in einem Geschäft zu bekleiden. . . kurz, irgendeinen Beruf von Bedeutung zu haben. Ferner sind ihnen künftig alle deutschen Theater und Konzerte gesperrt!

Wie sagt schon Schillers Tell: „Und allzustraff gespannt, zerspringt der Bogen“. Man hat das Gefühl, die Verzweifelnden, denen man die Rolle einer Sklavenarmee im Dienste des staatlichen Straßenbaus usw. zugeordnet zu haben scheint, könnten irgendwas tun, trotzdem ihre Devise lautet: „Ein Jude schlägt nie.“

* * *



**Das gute Klischee
ist Voraussetzung für den
guten Druck Ihrer Inserate.
Wir beraten auch Sie un-
verbindlich und kostenlos.
Abereg-Steiner & Cie. A.G.
Fliederweg 10 • Bern • Tel. 24741**

Kleine Umschau

Die Maul- und Klauenseuche.

Auch die alten Ägypter kannten die verheerenden Folgen der Maul- und Klauenseuche. Man hat also schon im Schatten der Pyramiden und vor Jahrtausenden mit einer Tierkrankheit zu tun gehabt, die heute unsern Kanton in ganz besonders starkem Maße heimsucht. Daß dabei bis jetzt das Berner Oberland verschont geblieben ist, dürfte der einzige — wenn auch schwache Trost — in dieser Katastrophe sein, die unsere Bauernschaft einer so schwer tragbaren Prüfung aussetzt.

Im Mai 1937 machten sich nach einer längern Pause wieder die ersten Anzeichen der Maul- und Klauenseuche — und zwar in Südfrankreich — bemerkbar. Alle europäischen Staaten, mit Ausnahme Norwegens und Lettlands, sind in der Folge von der unheimlich brandenden und zerstörenden Seuchewelle bespült worden. Auch innerhalb unsern Grenzen verbreitete sich die Krankheit und erfaßte verhältnismäßig zahlreiche Viehbestände. Im August dieses Jahres war die Schweiz, dank der durchgreifenden Maßnahmen, die die zuständigen Stellen getroffen hatten, während 14 Tagen vollkommen seuchenfrei. Aber kaum glaubte man die Gefahr endgültig abgewendet, flackerte die verzehrende Flamme wieder auf. Zeitungsmeldungen, Bekanntmachungen des eidgenössischen Veterinärdepartementes am Radio erschreckten die Bevölkerung. Mit unerbittlicher Konsequenz zog die Seuche von Hof zu Hof, und Stück um Stück schlug sie nieder. Belebte Ortschaften und einsame Heimweesen schloß sie vom Verkehr ab.

Heute sind in der ganzen Schweiz einzig die welschen Kantone, Graubünden, die Inner- und die Berner Oberland seuchenfrei. Mit einer solchen Intensität wie diesen Herbst, der uns alle mit einer Farbenpracht und Sonnenkraft ohnegleichen erfreut, ist die Maul- und Klauenseuche unseres Wissens noch selten aufgetreten. Merkwürdig ist es, daß gerade die Zeit künstlicher Ernte den gefährlichsten Moment für das Wüten dieser Tierseuche bedeutet. Besteht hier ein Zusammenhang mit der Aenderung in der Fütterungsart? Oder welche Gründe spielen bei dieser Feststellung eine Rolle? Man weiß es nicht genau. Die Wissenschaftler, die über das Mikroskop gebeugt ihr Wissen und ihre Intelligenz in den Dienst der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche gestellt haben, stehen ihr und ihren Wirkungen so ziemlich ratlos gegenüber.

Allein im Kanton Bern mußten seit dem Herbst 1937 — also im Verlaufe eines Jahres — 3,200 Stück Großvieh abgeschlachtet werden. Mit dem Milchausfall und den Kosten, die zulasten der Viehbesitzer gehen, erwächst unserm Bauernstand ein Verlust von mehr als einer Million Franken. Berechnet man zudem den Ausfall an Fleischverwertung mit rund 1,2 Millionen Franken, so erhöht sich der Schaden, den die Seuche unserer bernischen Volkswirtschaft zufügt, auf über 2 Millionen. Für die ganze Schweiz dürfte sich der Verlust zweifellos auf ein Vielfaches dieses Betrages erhöhen. Und das sind nur die Zahlen, die mit einiger Sicherheit geschätzt werden können. Die Höhe des Einnahmeausfalls, die sich infolge der Lahmlegung des Verkehrs ergäbe, könnte nicht einmal annähernd festgestellt werden. Auch das Ausbleiben des Glockengeläutes heimkehrender Herden und die Lücken in den Reihen unseres stadtbarnischen Marktes zeigen, daß weite Kreise unserer ländlichen Bevölkerung schwere Zeiten durchzumachen haben.

Ein Blick nach dem Jura.

Im Großen Rat des Kantons Bern stand dieser Tage die Kreditgewährung für den Neubau von Wärterwohnungen in der Anstalt Belleray zur Diskussion. Geschäfte dieser und ähnlicher Art interessieren uns — trotzdem sie Geld kosten — im allgemeinen recht wenig. Wenn wir uns ausnahmsweise an dieser Vorlage erwärmen, dann geschieht es wohl (seien wir ehrlich!) eher deshalb, weil sie uns mit einem Kulturdenkmal aus alter Zeit in Verbindung setzt.